

4 FEB 1963  
**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XVIII/23

Bonn, den 1. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Zwischenbilanz</u> Die Verpflichtung des Bundestages	69
2a	<u>Verpasste Gelegenheit</u> Bonn und Israel	32
3 - 4	<u>Rückkehr zur Hegemonie?</u> Das Verhängnis von Brüssel Von Heinrich G. Ritzel, MdB	88
5 - 6	<u>Achse de Gaulle Franco?</u> Erhöhte diplomatische Aktivität zwischen Madrid und Paris Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	66
7	<u>Hohe Beamte auf der Schulbank</u> Ein gelungenes Experiment des Instituts für soziale Studien Von Bruno Kuster, Genf	46

Chefredakteur: Günter Markscheffel

i.V. Albert Exler

## Zwischenbilanz

### Die Verpflichtung des Bundestages

G.M. - Nachdem die erste Erregung über die gescheiterten Verhandlungen in Brüssel etwas abgeklungen ist und viele warnende aber auch überstürzte Meinungen geäußert worden sind, geziemt es sich wohl, eine Art Zwischenbilanz der in den letzten Zügen liegenden Außenpolitik Dr. Adenauers zu ziehen.

Der Bundeskanzler hat zielbewusst das enge Verhältnis der Bundesrepublik zum Frankreich de Gaulles angesteuert, obwohl er, wie kaum ein anderer, wusste, was der französische Staatspräsident erstens von der NATO, zweitens von der politischen Union des freien Europas, drittens von der Aufnahme Grossbritanniens in die EWG, viertens von Kennedys Vorschlag einer Partnerschaft zwischen den USA und Europa hält.

Ausserdem wusste Dr. Adenauer wie kaum ein anderer, dass de Gaulle bereits vor zwei Jahren den polnischen Aussenminister darüber unterrichten liess, Frankreich teile in der Frage der Oder-Neisse-Grenzen nicht den Standpunkt der übrigen westlichen Verbündeten der Bundesrepublik. Wieweit Dr. Adenauer darüber Bescheid weiss, dass sich de Gaulle für den westlichen Staatsmann hält, der "mit Chruschtschow als Europäer reden" kann, entzieht sich unserer Kenntnis. Tatsache ist jedoch, dass die deutsche Botschaft in Paris den Bundeskanzler bereits vor der Pariser Gipfelkonferenz im Mai 1960 auf diese Möglichkeit und Perspektive einer französischen Außenpolitik nach Beendigung der Algerienkriege aufmerksam gemacht hatte.

Man muss diese Zusammenhänge und Tatbestände sehen, um ermessen zu können, was für die Bundesrepublik unter Führung Adenauers jetzt auf dem Spiel steht. Die Aussöhnung des französischen und deutschen Volkes ist ein Ereignis von historischer Tragweite, sie ist ein politisches Faktum, das jedoch nicht ausschliesslich auf das Haben-Konto Adenauers zu schreiben ist, sondern als Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen der besten Geister beider Nachbarvölker gewertet werden muss - diese Aussöhnung gerät jetzt nämlich auch in die Gefahr, verspielt zu werden.

Der Selbstbehauptungswille des freien Teiles Deutschlands kann nur Bestand haben, wenn er sich auf die Gemeinschaft aller freien Völker stützt. Würde der freie Teil Deutschlands, die Bundesrepublik, zugunsten des kleineuropäischen Traumes zweier alter Herren die Sympathie und tatkräftige Unterstützung der übrigen freien Welt aufs Spiel setzen, wäre sie bald nichts anderes als der negative Beweis für die Richtigkeit des Wortes, dass die Freiheit ebenso unteilbar ist wie das Recht.

In den USA vollzieht sich seit Errichtung des Castro-Regimes auf Kuba eine psychologische Revolution. Zum ersten Male seit ihrer Existenz als Nation spüren Millionen Amerikaner, dass unter gewissen Umständen ihr Schicksal nicht nur in Europa, sondern auch in ihrer unmittelbaren Nähe entschieden werden kann. Wenn nun Teile des freien Europa eine Politik des "Einsamen Ritters" für richtig zu halten beginnen, wird in den USA unausweichlich das Gefühl stärker werden, man wolle in Europa "die Amerikaner" nicht mehr. Die Konsequenz einer solchen Einstellung ist nicht schwer zu erraten; kein amerikanischer Präsident wird sie übersehen dürfen.

Wir halten die amerikanischen Politiker für nüchterner und weniger emotionell als viele amerikanische Leitartikler. Aber in einer Demokratie - und die USA sind eine Demokratie! - kann eine Regierung auf die Dauer nicht an der Presse ihres Landes vorteilregieren. (Nicht einmal in der Bundesrepublik unter Adenauer und Strauss war das möglich).

Es nützt jedoch nichts, wenn wir jetzt ein grosses Lamento anstimmen. Wenn es zutrifft, dass die Mehrheit des Bundestages nicht will, Paris und Bonn, Adenauer und de Gaulle sollten die europäische Politik allein bestimmen, dann hat dieses Parlament ein legales Mittel, diesen Willen kund zu tun. Nur wird es wenig nützen, den greisen Kanzler mit ausweichenden Redewendungen sich zurückziehen zu lassen. Glaubhaft bleibt diese deutsche Demokratie nur, wenn sie dem Bundeskanzler die Grenzen zeigt, die auch einem Adenauer gesetzt sind. Der Bundestag darf im Zusammenhang mit der Debatte zur Ratifizierung des Pariser Abkommens keinen Zweifel aufkommen lassen, dass er sich jeder Lockerung der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten innerhalb des Bündnisses widersetzt. -

Wie es heisst, begibt sich Dr. Adenauer im März wieder nach Cadabbia. Er hat die Ruhe verdient. Vielleicht finden sich in seiner Partei genug aufrichtige Freunde, die ihm mit Nachdruck sagen, dass seine Stunde gekommen ist.

## Verpasste Gelegenheit

### Bonn und Israel

sp - Eine grosse Gelegenheit liess die Bundesregierung ungenutzt verstreichen. In diesen Tagen, in denen sich das deutsche Volk jenes Schicksalstages erinnerte, an dem der tiefste Sturz in seiner Geschichte begann, wäre es wohl angebracht gewesen, endlich einen Schritt zu tun, der schon lange überfällig ist. Wir meinen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel. Hervorragende Persönlichkeiten aus allen Parteien haben sich dazu in positivem Sinne geäussert und läge die Entscheidung allein beim Bundestag, würde sich eine überwältigende Mehrheit dafür finden. Gewiss hat die Regierung durch die prompte Erfüllung des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel vieles getan, eine schreckliche Erbschaft abzubauen. Aber dies allein genügt nicht, der endgültige Brückenschlag ist noch nicht geschehen. Die Initiative muss von Bonn aus erfolgen. Jeder Deutsche, dem die Ehre zuteil wurde, als Gast in Israel zu weilen, ist beeindruckt von der Bereitschaft der israelischen Staatsmänner, mit dem Volk in diplomatische Beziehungen zu treten, in dessen geschändetem Namen ein Drittel der Juden hingemordet wurde. Die resignierende Haltung der Bundesregierung wird in Israel als Diskriminierung empfunden und gibt Raum für neue Zweifel.

Moralische, politische und auch wirtschaftliche Gründe sprechen für die sofortige Aufnahme der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Das Wiedergutmachungsabkommen läuft in diesem Jahre ab, und es gibt noch viele offene Fragen, die in diesem Zusammenhang zwischen der Bundesrepublik und Israel gelöst werden müssen. Der oft gehörte Hinweis, es könnten im Falle einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen die arabischen Staaten verärgert werden, trifft nicht zu. Die Bundesrepublik braucht angesichts ihrer wirtschaftlichen Stärke Repressalien nicht zu befürchten. Boykottandrohungen blieben in der Vergangenheit unwirksam und sie werden es auch in Zukunft bleiben. Eine souveräne Entscheidung der Bundesregierung würden die arabischen Länder wohl respektieren. Sie noch lange hinauszuzögern, heisst die Verpflichtung nicht zu erfüllen, die uns die Erinnerung an den 30. Januar 1933 auferlegt.

Rückkehr zur Hegemonie ?

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Der große Basler Historiker Jakob Burckhardt hat einmal erklärt, man müsse aus Erfahrung klüger werden für das nächste Mal oder weise für immer. Das erschütternde Ergebnis der Brüsseler Beratungen läßt diese Erkenntnis auf französischer Seite völlig verwischen. Um das Gedächtnis derer, die es angeht, zu schärfen, soll auf einige teuer genug erworbenen Erkenntnisse jüngst vergangener Tage hingewiesen werden. Kurz vor dem zweiten Weltkrieg veröffentlichte der Internationale Gewerkschaftsbund eine Kundgebung, in der es unter anderem heißt:

"Die Weltwirtschaft und die europäische Wirtschaft im besondern werden immer mehr desorganisiert durch die Schutzzollpolitik, die Politik der Kontingentierung und andere Beschränkungen, die alle Staaten verfolgen, um den Versuch zu machen, sich auf Kosten der anderen zu retten. Diese Politik führt nicht bloß zum wirtschaftlichen Ruin, sondern verschärft auch die Gegensätze zwischen den Völkern und bedeutet eine Gefahr für den Frieden."

Damals kannte Europa nicht weniger als 28 autonome Zollgebiete und die europäische Zollmauer war 20 000 km lang. Durch Fiskal- oder Finanzzölle und durch mehr oder weniger berechnete Schutzzölle schloß sich ein Staat von dem anderen ab. Neben politischen und währungspolitischen Maßnahmen trug die Zollpolitik am stärksten zur Errichtung immer neuer Handelsschranken bei.

Die Diskussion über die Zukunft Europas war auf dem Heidelberger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei 1925 durch die Forderung nach einer echten europäischen Einigung stark befruchtet worden. Sie trug dem Bewußtsein Rechnung, daß das durch die englische Formel vom "europäischen Gleichgewicht" überwundene ehemalige Hegemoniestreben Frankreichs sich als unbrauchbar erwiesen hatte. Das Ringen um die europäische Einigung, in dessen Verlauf auch die EWG entstand, ist der für Europa lebensnotwendige Versuch einer stabilen Dauerregelung, die durch eine politische Regelung in Gestalt eines europäischen Bundes eine Krönung erhalten muß.

Mit diesem Streben ist der vor 300 Jahren von England formulierte Begriff des europäischen Gleichgewichts (Balance of power) ebenso überholt wie die französischen Hegemoniebestrebungen.

Beide Begriffe sind von innen heraus wertlos gemacht worden durch das Emporsteigen neuer Mächte; der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Sowjetunion sowie der asiatischen Mächte Indien und China. Das Ergebnis aller Überlegungen mußte daher die Erkenntnis sein: Wenn Europa nicht vollkommen ausgeschaltet sein will, muß es sich organisieren. An die Stelle von Hegemonie und Gleichgewicht der Kräfte muß eine echte Gleichberechtigung aller europäischen Staaten treten. Ein europäischer Bund und seine Vorläufer müssen, wenn sie Bestand haben sollen, alle europäischen Völker umfassen. Sobald von diesem Prinzip abgewichen wird, bildet sich eine Drachensaat, die nach kürzerer oder längerer Frist fürchterlich aufgehen muß.

Der zweite Weltkrieg wurde zum großen Lehrmeister wahrhaft europäisch denkender Persönlichkeiten und der von ihnen getragenen Organisationen. Es war gar nicht selbstverständlich, daß sich Großbritannien im Hinblick auf seine weit über die Grenzen Europas hinausreichenden Interessen und Verpflichtungen zu Europa bekennen würde, aber Winston Churchill hat in einer Rede von bleibendem Wert im September 1946 in Zürich aus der gleichen Verantwortung heraus für Großbritannien in Europa plädiert, wie schon im Mai 1944 der südafrikanische Premierminister Marschall Smuts, der kurz nach der Konferenz der britischen Dominienminister in einer Rede in Birmingham versicherte:

"Die Frage, ob sich Europa wieder erholen oder ob es zum Niedergang verurteilt sein wird, ist für mich die Hauptfrage der Weltlage überhaupt; Europa ist das Herzstück des Erdballs. Amerika könnte es nicht ersetzen und Asien noch weniger. Europa ist die geistige Wiege des Abendlandes; es darf nicht zerstückelt werden, es darf nicht in ein hilfloses Chaos fragmentarischer Fetzen zerfallen. Es müßte eher eine neue solide Struktur als "Vereinigte Staaten Europas" oder "Völkerfamilie Europas" erhalten, eine stolze, aufrechte Struktur, die es ihm von neuem ermöglichen würde, der Hüter des Rechts und der Freiheit zu sein, die ja in Europa geboren wurden. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe muß Großbritannien dank seiner einzigartigen Insellage eine führende Rolle spielen."

Diese Bereitwilligkeit, die auch von der heutigen englischen Regierung im Rahmen der EWG-Verhandlungen in Brüssel bekundet wurde, aus nationalpolitischen Gründen zurückzuweisen, ist ein europäisches Verhängnis.

Der französische Staatspräsident General de Gaulle ist gewiß schon heute eine historische Persönlichkeit von großen Verdiensten, aber keine Größe berechtigt dazu, das eigene nationale Interesse, so wie in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten, vor das Gesamtinteresse Europas zu stellen, das sich wirtschaftspolitisch, militärpolitisch und aussenpolitisch in einer Situation befindet, die Experimente wie das von Brüssel als verderblich und tragisch erweist. Dem Hegemoniestreben de Gaulles soll die Erkenntnis eines anderen großen Franzosen gegenübergestellt werden. Am 17. Mai 1930 unterbreitete Aristide Briand im Namen der französischen Regierung den Mitgliedstaaten des damaligen Völkerbundes ein Memorandum über die Organisation eines europäischen Bundesystems. Am Schluß dieses Memorandums heißt es: "Sich einigen, um zu leben und zu gedeihen: dies ist die gebieterische Notwendigkeit, der von nun ab die Nationen Europas gegenüberstehen."

Achse de Gaulle - Franco ?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Eine der bedeutungsvollsten Konsequenzen der gegenwärtigen Krise der westlichen Verteidigungsgemeinschaft ist die neue Annäherung zwischen Paris und Madrid. Die Besuche des französischen Innenministers Frey, des Aussenministers Couve de Murville und des Finanzministers Giscard d'Estaing in der spanischen Hauptstadt sind der Beginn einer neuen Ära zwischen den beiden autoritär regierten "lateinischen Schwestern".

Daß de Gaulles Kultusminister André Malraux an diesen Pilgerfahrten nicht teilnimmt, ist lehrreich; er war seinerzeit als Republikaner Teilnehmer des Bürgerkrieges gegen Franco und schrieb darüber ein Buch: "L'Espoir" ("Die Hoffnung"). Diese Hoffnung wurde enttäuscht.

Am bezeichnendsten ist aber zweifellos die Unterredung zwischen dem französischen Oberkommandierenden General Ailleret und dem spanischen Oberkommandierenden General Grandes über gemeinsame französisch-spanische Manöver. Es ist kein Zufall, daß dieser Kontakt zugleich mit der Forderung des General Franco erfolgt, die bisherigen amerikanisch-spanischen Militärverträge zu "revidieren".

Die Annäherung zwischen General de Gaulle und Generalissimo Franco ist eine direkte Folge der neuen Pläne der Vereinigten Staaten in ihrer europäischen Strategie und der eigensinnigen Opposition der französischen Staatsführung.

Die neue französisch-spanische Zusammenarbeit ist von weittragender politischer Bedeutung. Annäherungsversuche gab es in den letzten Jahren immer wieder, sie wurden aber von innenpolitischen Erwägungen gehemmt.

Die Beziehungen zwischen Paris und Madrid waren einerseits durch die französischen Emigranten der rechtsradikalen OAS in Franco-Spanien belastet, andererseits durch die Anwesenheit von hunderttausend spanischen Flüchtlingen in Frankreich seit Beendigung des Bürgerkrieges 1939.

Die Festigung des gaullistischen Regimes und die Niederwerfung der OAS in Frankreich hat diese Hypothek jetzt weitgehend abgetragen.

In Spanien befinden sich nur noch wenige rechtsradikale Emigranten. Sie werden jetzt von der spanischen Polizei nicht mehr begünstigt, sondern streng überwacht. Wahrscheinlich ist es kein Zufall, daß im Rahmen der gegenwärtigen französisch-spanischen Gespräche der gaullistische Innenminister Frey als erster Vertreter der französischen Regierung in Madrid eintraf. Die Liquidierung der letzten OAS-Überreste soll den Weg für eine weitgehende politische und militärische Verständigung freimachen.

Auf der anderen Seite hat die Pariser Regierung grössere Bewegungsfreiheit gegenüber der französischen Linksoption, die sich einer Verständigung mit dem Francoregime seit jeher widersetzt hat. Man kann dennoch sicher sein, daß die Annäherung Paris - Madrid Wellen schlägt.

In den Kreisen spanischer Emigranten in Frankreich herrscht über diese Entwicklung begreifliche Unruhe. Schon im Vorjahr kam es zu Abkommen zwischen Paris und Madrid, nach welchen gewisse spanische Republikaner in Frankreich strenger überwacht wurden, sozusagen als "Gegenleistung".

Franco hat gegenwärtig mehrere Eisen im Feuer. Einerseits hat er die Revision des 1953 abgeschlossenen Vertrages mit Amerika verlangt. Das spanisch-amerikanische Abkommen war zehn Jahre gültig und sollte automatisch verlängert werden. Franco will jetzt eine Unterscheidung treffen zwischen einer eventuellen Benutzung spanischer Stützpunkte durch rein amerikanische Polaris-U-Boote und andererseits NATO-U-Boote. Die Revisionsforderung betrifft nur diese letzteren und wurde schon Mitte Januar in einem Brief an den amerikanischen Botschafter in Madrid gestellt.

Erreichen will der spanische Diktator damit von den Vereinigten Staaten eine Modernisierung der spanischen Rüstungen, eine Unterstützung für die Aufnahme in den Atlantikpakt und vor allem ein "moralisches Zeugnis für gute politische Führung". - In Washington will man von einer Revision bis jetzt offensichtlich nichts wissen; es handele sich zunächst nur um einen "Meinungsaustausch". Falls der "Meinungsaustausch" mit Washington ergebnislos bleibt, müßten die amerikanischen Streitkräfte den Marinestützpunkt in Rota bei Cadix und die Luftstützpunkte bei Sevilla, Madrid und Saragossa räumen; sie kosteten über 500 Millionen Dollar. Umso wichtiger ist für Franco gerade jetzt die offizielle Bindung mit de Gaulle.

## Hohe Beante auf der Schulbank

Von Bruno Kuster, Genf

"Vor allem müssen wir unsere Kenntnisse vervollständigen", erklärte mit ehrlicher Offenheit David A. Morse zum Abschluß des ersten dreimonatigen Studiencyklus des Internationalen Instituts für soziale Studien, das vom Internationalen Arbeitsamt dank freiwilliger Beiträge zahlreicher Regierungen geschaffen werden konnte. Gewiß, die 29 Teilnehmer aus 28 Ländern sind in erster Linie zum Lernen nach Genf gekommen, aber gleichzeitig hat jeder seine eigenen wertvollen Erfahrungen mitgebracht und damit einen Beitrag zur Bereicherung der Kenntnisse über die Gesetze und Bedingungen der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung geleistet.

### Das Beispiel der Industrieländer genügt nicht

Gibt es denn nicht schon mehr als genug Forschungsinstitute, Lehranstalten, Hochschulen und Fakultäten, die auf diesem Gebiet tätig sind? Das Bingeändnis von David A. Morse spricht Bände: Nein, unsere Kenntnisse sind noch sehr unvollständig, denn sie stützen sich fast ausschließlich auf die Erfahrungen der Industrieländer. "Es ist offensichtlich, daß die von diesen Ländern angewandten Mittel und Methoden den Entwicklungsländern, deren sozialer Aufbau völlig anders ist, nicht immer als Vorbild dienen können." Deshalb hat das Institut für soziale Studien den Kühnen Versuch unternommen, das Lehren und Lernen in fruchtbarom Erfahrungsaustausch miteinander zu verschmelzen. Die nach Genf eingeladenen "Studenten" waren denn auch Leute im Alter von 27 bis 50 Jahren, die in der Verwaltung, der Wirtschaft oder der Gewerkschaftsbewegung ihrer Länder bereits bedeutende Verantwortungen tragen und berufen sind, demnächst in leitende Stellungen vorzurücken.

Aber auch die Lehrkräfte brachten die Auffassungen und Erfahrungen aller Weltteile nach Genf, aus Holland, Indien, den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, England, Ägypten, Chile ... Im Mittelpunkt der Vorlesungen und Debatten stand die Gesamtheit der Arbeitsprobleme in ihrem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Sicher ist es nicht leicht, zu klaren Ergebnissen zu gelangen, wenn sich Akademiker und Praktiker, Regierungsbeamte, Gewerkschafter, Unternehmer, "Marxisten" und "Liberale" und Vertreter anderer Iemen am gleichen Tisch gegenüber sitzen. Aber gibt es einen besseren Weg, um erstarrte Grenzen aufzulockern und die neuen Realitäten der heutigen Welt zu erfassen?

Schon in den nächsten Monaten wird das Institut zusammen mit dem Institut für nationale Planung in Kairo ein regionales Seminar für die arabischen Länder durchführen. Es hofft, später im Jahr sämtliche Arbeitsminister Afrikas am gleichen Tisch versammeln zu können, um die Rolle des Staates bei der Ausarbeitung der Lohnpolitik zu erörtern. Und im Herbst wird der zweite Studiencyklus einsetzen.

Das Institut für soziale Studien - dieser jüngste Spröß des beinahe schon historischen Internationalen Arbeitsamtes - zeugt von der ungebrochenen Jugendfrische seines Schöpfers und wird seinerseits nicht wenig dazu beitragen, ihm seinen hervorragenden Platz im Ringen um die Neugestaltung der sozialen Verhältnisse zu erhalten.